

Werte Leserin,
Werter Leser,

die folgenden Ausführungen sind nicht mit der Absicht erstellt, vorrangig Ihren Erwartungen hinsichtlich der Bewertung der Ereignisse um die Montagsdemonstrationen zu entsprechen. Ohnehin möge jeder aktiv Beteiligte oder die große, passive Zuschauermehrheit der ihre eignen Rolle selbst bedenken. Nachfolgendes gibt meine subjektive Sicht, bemüht um objektive Darstellung, wieder. Gelegentlich verlasse ich das Thema etwas, weil Zusammenhänge auftauchen, die mir bedenkenswert erscheinen. Sollte Ihnen dies nicht zusagen, dann darf ich auf die endliche Zusammenfassung, in aller Kürze, verweisen.

Damit es kein Missverständnis gibt: Jeder der sich einsetzte und weiterhin einsetzt, um den potentiellen Opfern von „Hartz IV“ und diesem Land insgesamt ein Stück mehr Lebensqualität zu erhalten, der sich mit seiner politischen Sicht zur Diskussion stellt und somit Angebote unterbreitete, hat meinen Respekt. Da ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass man sich aufgrund der Ergebnislosigkeit, gemessen an der Zielstellung, mit diesem politischen und strategischem Versagen vernehmlich und konsequent auseinandersetzen muss.

Die gescheiterte Strategie der „Montagsdemonstrationen“ – Über Ursachen, Konsequenzen und zukünftige Notwendigkeiten

Zitat aus einem Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit von III/2004: **„Das Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung hat in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt zur Bemessung der Regelleistung die Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1998 ausgewertet und auf den Stand Juli 2003 hochgerechnet“.**

(Bemerkung vom Autor: Es wurde somit geschätzt und die dazwischen liegende, reale, weitgehenden Preisverdoppelung infolge der Euroeinführung blieb, gewiss beabsichtigt, unberücksichtigt.)

Die Existenzberechtigung, der Wert, die Erhaltungswürdigkeit einer, also auch dieser Gesellschaft, drückt sich maßgeblich in der Art und Weise aus, in welcher sie mit den von ihr hervorgebrachten, wirtschaftlich und politisch Schwächsten, also den Kindern, Kranken, Arbeitsuchenden, so genannten Alten u. a. m. umgeht. Von Gesetzes wegen verordnete soziale Ghettos, mit dem Ziel der Ruhigstellung der Betroffenen durch soziale Isolation, wie es die so genannte aktuelle Arbeitsmarktreform letztlich zur Folge hat, sind eine Form sozialer Apartheid, entlarvend und durchschaubar zugleich. Die Montagsdemonstrationen wollten diese Entwicklung verhindern.

Die notwendige öffentliche Auseinandersetzung darüber, warum die Montagsdemonstrationen erfolglos blieben, wird weder von deren Initiatoren noch den akti-

ven Teilnehmern öffentlich geführt. Den Trittbrettfahrern dessen, den Regierungsparteien und deren Unterstützern/Trägern, ist dies mit Sicherheit willkommen. Sie fürchten ohnehin nichts mehr als dies. Es findet auch keine konstruktive Nachbereitung in den Medien statt. Dabei wäre das eine der wirklich wichtigen, innenpolitischen Diskussionen, die in den letzten Jahren hätte durchgeführt werden müssen, nicht nur wegen der kriminellen Aspekte, die dieses Geschehen in sich trägt, sondern wegen aller ihrer Konsequenzen für die bundesdeutsche Gesellschaft.

Es wird nachfolgend versucht dies zu bedenken und die getroffene Bewertung zur Diskussion zu stellen. Dies ist verbunden mit der Absicht, bei anstehenden und zukünftigen Notwendigkeiten, geschicktere, scharfsinnige Strategien des gemeinsamen, abgestimmten Handelns zu fördern, die offenkundigen Unzulänglichkeiten im Vergangenen zukünftig zu vermeiden.

Wie entwickelte sich das Ganze eigentlich? Blicken wir zurück.

Es stellt sich zu Beginn eine Frage: War dies nun wirklich eine Bürgerbewegung mit dem Potential einer partiellen Richtigstellung gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, hier im Sozialbereich und politischer Unkultur? Ja, das Potential war fraglos gegeben. Warum der Erfolg, in diesem Sinne, aber gänzlich ausblieb, warum aber diese Niederlage der aktuell und zukünftig Betroffenen, soweit sie sich denn, in Minderheit, überhaupt aufrufen konnten ihre Vorstellungen zu demonstrieren?

Mitten in der Urlaubszeit, deshalb der Zeitpunkt mit erstem Argwohn betrachtet, etablierte sich bekanntlich im Jahr 2004 die Bürgerbewegung der „Montagsdemonstrationen“ deutlich wahrnehmbarer. Die Zielstellung dieser, und die fehlenden Ergebnisse sind bekannt: „Hartz IV muss/sollte weg“. Soweit die gute Absicht, mehr oder weniger.

Die erste Phase dieser Entwicklung war von den Versuchen einiger weniger, politisch und materiell korrumpierter, gealterter, meist glücklich in der politischen Bedeutungslosigkeit versunkener, 89iger begleitet. Natürlich gibt auch politisch intelligente und moralisch achtbare Personen aus dieser Zeit. Ich denke an Herrn Schorlemmer, die sich offenbar einige Ideale, einen guten politischen Instinkt und den Mut sich entsprechend zu äußern, bewahrt hat. Der Versuch der 89iger den Begriff „Montagsdemonstrationen“ mit der Ausschließlichkeit des Gewesenen zu belegen, war, in diesem Kontext, der dürftige Versuch eigener zur Renaissance, destruktiv, eher peinlich wirkend. Kein wirklich nützlicher Beitrag für die Hilfesuchenden, die Menschen auf den Montagsstrassen, verunsichernd.

Auch von diesen Wegbereitern eines höchst notdürftigen, dümmlichen Schnellschlusses der DDR an die BRD nun alleingelassen mit ihren sozialen Ängsten und berechtigten Befürchtungen hinsichtlich ihrer und der Kinder Zukunft. Dies war eine überdeutliche Positionierung, jedoch keine überraschende. Auch kein wirklich interessantes Material aus der Sicht der Medien und somit auch für diese nur ein flüchtiges Thema. Es war jedoch ein weiterer, öffentlicher, konfrontativer,

gesteuerter Versuch die Montagsdemonstrationen und ihre Teilnehmer zu diskreditieren, zu verunsichern, zu demotivieren.

Wenn dieser auch insgesamt als gescheitert gesehen werden kann, so war er doch nicht ganz ohne Wirkung. Es entstand bei den Interessenten oder Bertoffenen der Eindruck, dass die Montagsdemonstrationen ein überwiegend ostdeutsches Phänomen seien, nur die östlich der Elbe verbliebenen, sich unkooperativ der Völkerwanderung entgegenstellenden, noch nicht ausgewanderten Arbeitsuchenden, somit angeblich unflexible Menschen, betreffe. Das ist fraglos **einer** der Gründe, warum es zu keiner wirklich gesamtdeutschen montäglichen Massenbewegung kam.

Nahe liegend nun die Frage, wer hinter diesem ersten Versuch stand, welche Kreise dies steuerten, wem Derartiges objektiv und subjektiv nützt? Wer hat auch Interesse das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, das durch seine hochbürokratische Handhabung ohnehin bereits eingeschränkt ist, durch politische und manipulative Mittel weiter zu schwächen, die Teilnehmer zu demotivieren und desintegrieren? Wer hatte auch vorab und nachfolgend ein Interesse daran den Betroffenen, mit kindischem Gerede, mit Halbwahrheiten und Lügen einzureden, dass es keine gesellschaftliche Alternative zum ALG II gäbe, weil der eigene, schwache Intellekt keine gebar? Warum wurde den Menschen bewusst falsch dargestellt, dass Ihnen, verbunden mit angeblich hohen Zuverdienstmöglichkeiten von hunderten Euro, der Himmel auf Erden bevorstehe? Ich erinnere hier an einen entsprechenden TV-Auftritt des Minister Clement im Herbst 04. Doch was interessiert ihn schon sein übliches Geschwätz von gestern.

Versuchen wir auch dies später näher zu betrachten. Verfolgen wir zuerst noch ein Stück die eingetretenen Entwicklung.

Bemerkenswert und entlarvend, aber nicht überraschend war, wer sich **nicht** einbrachte. Der Logik folgend, hätten die Straßen u. a. von Mitgliedern der Wirtschaftsverbände, Gewerbetreibenden, Künstlern, Kirchenvertretern und -mitgliedern, Bankenvertretern, Mitgliedern so genannter etablierter Parteien, Gewerkschaften und Gewerkschaftlern, Mediziner und... überquellen müssen. Allein die Tatsache, dass der zu erwartende Kaufkraftrückgang, die fortschreitende politische Spaltung des Landes, die zunehmende Entsolidarisierung der Menschen mit sich und dem politischen System, der Wirtschaft und den objektiven Interessen der BRD schaden, war für diese offenbar keine Handlungsgrundlage. Wo waren die sich ansonsten ständig profilierenden Schriftsteller und Journalisten? Auch die Sozialverbände schwiegen und schweigen insgesamt eisern, sich heimlich vermutlich über stark steigende Mitgliederzahlen freuend, die Gewerkschaften verhalten sich insgesamt wie üblich: Opportunistisch. Und der Arbeitslosenverband Deutschland: In diesem Zusammenhang nie etwas gehört von Ihm.

Eine löbliche Ausnahme ist mir bekannt. Der „Paritätische Wohlfahrtverband“ wies im Dezember 2004 öffentlich auf den Manipulationsverdacht im Zusammenhang mit dem sog. Bemessungsgeld und andere Probleme, zum Beispiel auf das

um mind. 20% zu geringe Unterstützungsgeld, hin. Interessant, dankenswert und mutig aber unzureichend.

Neben der Tatsache der allgemeinen Korruptiertheit zahlreicher dieser oben genannten Mitmenschen durch die bestehenden Verhältnisse, kommt noch der Aspekt der **scheinbaren** politischen Alternativlosigkeit dazu. Sie erkennen im Einzelfall durchaus, dass die bestehenden Verhältnisse und ihre Repräsentanten, gleich welcher Farbe, nicht mehr in der Lage sind selbst einfachste gesellschaftliche Prozesse, dem Gemeinwohl dienend, zu optimieren. Ganz zu schweigen ist natürlich vom bestehenden Unvermögen wirklicher, dramatischer, voranbringender Strukturänderungen in der Gesellschaft. Diese Menschen sehen keine Alternative, suchen sie diese auch nicht, oder verfügen nicht über die menschliche Stärke ihre Ansichten zur Diskussion zu stellen. Sie verhalten sich weiter nach dem Grundsatz ihr Geld nicht zu verdienen sondern Geld zu machen. Wie auch immer. Sie waren nicht präsent.

Herausragend auffällig an dieser zweiten Phase der Entwicklung war die nahezu perfekte Gleichschaltung der Bürgerbewegung hinter und durch den „Schlachtruf“ „Hartz IV muss weg!“. Es ist verwunderlich dass dieser Fakt nie aufgefallen ist, wohl wegen der **allgemeinen Annahme, dies sei so hilfreich und alternativlos**. Nun kann sich der Leser natürlich die Frage stellen, was daran bedenklich erscheint, warum diese Losung überhaupt eines ausführlichen Nachdenkens bedarf? Nun, **es ist letztlich die bemerkenswerte Geschichte des Missbrauchs von Menschen durch eine bewusst falsch gesetzte, unflexible Strategie**. Eine Strategie, mit der die politische Klasse der BRD, die nichts als ein armseliges Häufchen von Nassauern, wenn auch gefährlichen, ist, gut und vorbereitet leben konnte. Die Losung „Hartz IV muss weg“ war ein entscheidender Teil einer Gegenstrategie gegen die abzusehenden, erwarteten Aufstehenden. Die Tatsache des politischen Scheiterns der Montagsdemonstrationen ist gegeben. Der oben beschriebene Sachverhalt war einer der Gründe.

Weiter mit und in der Geschichte.

Höchst unterschiedlichste Interessengruppen, wie die SDAJ, der Verein „Spart Euch die Kirche“, KPD, FDJ, Bürgerrechtsbewegung Solidarität, ATTAC, Ökologische Linke, Antifa, die „Junge Welt“ sollte nicht ungenannt bleiben, Gruppen mit anarchistischer Orientierung, DKP, PDS, einige Gewerkschaften, ATTAC, MLDP, die zahlreichen örtlichen Initiativen, der Verein für sexuelle Freiheit und.... beteiligten sich, mehr oder weniger absichtlich daran, ihn zu verbreiten und einzufordern.

Das alles ist höchst bemerkenswert und könnte die Annahme zulassen, dass man sich, trotz extrem differenzierter Sichtweisen, hinsichtlich der Bewertung gesellschaftlicher Prozesse, Erfordernisse und Aussichten, aus Einsicht in die Notwendigkeit auf einen kleinen sozialen/politischen Nenner einigen konnte. Betrachtet man aber die Tatsache, dass es allein in Berlin zwei große, offenbar unversöhnlich nebeneinander existierende Organisationsstrukturen gab, die getrennt ihres Weges gingen, kann man ernste Zweifel an der Richtigkeit dieser Vermutung ha-

ben. Offenbar ist es einigen speziellen Initiatoren von Montagsdemonstrationen, nicht nur in diesem Zusammenhang, gelungen das altbewährte „Teile und Herrsche Prinzip“ für sich scheinbar förderlich sein zu lassen.

Analysiert man weiter das Infomaterial, das reichlich zu den Demonstrationen verteilt wurde, dann ging es darin zuerst einmal um die Selbstdarstellung aus gegebenem Anlass. Da ist natürlich legitim und unbedingt zu begrüßen. Zeigt es doch eine lebendige Vielschichtigkeit des politischen Spektrums, weit jenseits der derzeitigen, arroganten, kargen, faden Parteiendiktatur und der der Wirtschaftsverbände im Lande. Doch wenn es überwiegend bei der Eigendarstellung bleibt, dann ist das Klassenziel verfehlt. Nicht nur dass: In den Materialien finden sich zahlreiche, teils arrogante Herabwürdigungen politisch Andersdenkender, die sich bei den Demonstrationen präsentierten. **Aber nur wenn der Weg vom zerstörerischen „Wir gegen uns“ zum gemeinsam dienlichen „Wir mit uns“ gegangen wird, ist eine erste Voraussetzung gegeben, um die eigenen Konzepte mit denen anderer für Veränderungen eintretenden Menschen bzw. Strukturen zu verbinden und erfolgreich zu sein. Dies ist ein weiterer Grund für das Scheitern der Montagsdemonstrationen.**

Es sei an dieser Stelle nachdrücklich unterstrichen: Soziale Verbesserungen, deren politisches Durchsetzen, die Erhaltung und die Vertiefung der Bereitschaft der Menschen zum öffentlichen Eintreten für die eigene Interessensicherung und die der anderen Betroffenen, haben **in diesem Zusammenhang** Priorität. Das Austragen von politischer Grundsatzüberzeugen und kindischer Ränkespiele, wie sie in den reichlich verteilten Infomaterialien erkennbar waren, ist keine vorrangige Angelegenheit und schadet den aktuellen Interessen der Hilfesuchenden.

Weiterhin war und ist festzustellen, dass es im Vorfeld der Demonstrationen keine organisatorischen Strukturen gab und bis heute gibt, die eine nationale Koordination, eine basisgetragene, landesweite Meinungsbildung hinsichtlich der Zielstellung der Demonstrationen, und dies in aller kürzester Zeit, ermöglicht hätten. Andererseits war jedoch die Parole „Hartz 4 muss weg“, jeder wird sich daran erinnern, von Beginn an, auch von den Medien „hilfreich“ verbreitet, absolut dominant. Auch die harmlose, wohl eher der Gleichschaltung dienende, Demonstration vieler Gewerkschaften am 01.11.2004 in Berlin gegen die „Agenda 2010“ (lat. „Was zu tun ist“, „Merkzettel“), mit rund 100 000 Teilnehmern, ist hier als Verbreiter hervor zu heben.

Dies alles genügt aber noch nicht, um schlüssig zu erklären, warum diese Parole von Beginn an eine absolute Monopolstellung einnahm. Eine Parole, die den Anfang vom Ende in sich trug, wie von mir von Beginn an und leider auch zutreffend befürchtet.

In diesem Zusammenhang ist ein weiterer Fakt auffällig. Es ist die sehr erstaunliche Hartnäckigkeit, mit der sich die, ansonsten bekanntlich höchst inkonsequente Regierung, in der Angelegenheit „Agenda 2010“ auftrat. „Hartz IV bleibt. Basta!“. Da ging sogar soweit, dass angeblich laut und leise über die Aktivierung von Notstandsmaßnahmen nachgedacht wurde, wenn denn die montägliche Entwicklung außer (ihrer) Kontrolle geraten sollte, so in Zwickau vor Studenten. Woher also

diese unnatürliche Auflehnung wieder die eigene Natur und das eigene Gestaltungsvermögen? Nun, man war und hatte sich und die Opfer vorbereitet. Im

Grunde begann es schon bei Strauß, der bekanntlich seinen ausgeprägten Hass auf Arbeitsuchende nicht versteckte und endete bisher bei den üblichen, jährlichen, gesteuerten Medienkampagne mit primitiver Verallgemeinerung von missbräuchlicher Nutzung von Sozialleistungen. Ich möchte dies hier nicht weiter begründen.

Kommen wir wieder auf die entscheidende Frage und den Versuch zurück den „rätselhaften“, übergreifende Koordinator im Vorfeld und während der neuen Montagsdemonstrationen zu benennen. [Es sind der Staat und die Ihn benutzenden Parteien selbst und es sind dies, die diversen Sicherheitsdienste in engster Zusammenarbeit mit dem Medien und Nachrichtenagenturen.](#)

Man geht davon aus, dass in der BRD mehr als 100 000 Menschen als inoffizielle Mitarbeiter für verschiedene nationale und ausländische Nachrichtendienste aktiv sind. Man kann mit absoluter Sicherheit davon ausgehen, der gescheiterte Versuch eines NPD-Verbotes belegt dies ohnehin zweifelsfrei, dass in jeder Partei, in jeder Organisation, in den Gewerkschaften sowieso, Sport-, Unternehmer-, Sozial-, Medien-, und sonstigen Verbänden, in den Parteien, in den Fraktionen der Parlamente, in den Kirchen, in allen gesellschaftlichen Strukturen, flächendeckend durch Dienste Einfluss genommen wird. Der so genannte demokratische Meinungsbildungsprozess im Lande existiert, in diesem Lichte betrachtet, nicht mehr, wenn er denn jemals bestanden haben sollte. Dies nicht nur an der Basis des Landes, sondern auch und vor allem in den Führungsstrukturen. Nicht genug damit. Es gibt Hinweise darauf, dass diese Zusammenarbeit mit Diensten, neben der Mitgliedschaft in der richtigen Partei und dem eigenen sozialen Hintergrund, entscheidend für individuelle Karriereverläufe ist.

Es ist kein Geheimnis, dass es landesweit verdeckte Koordinationsbüros gibt, zum Beispiel mit den US-Diensten in Berlin, in denen auch BND und andere ihre gemeinsamen Aktivitäten absprechen. Dies bedeutet, dass nationale Dienste mit Strukturen kooperieren, deren Tätigkeit objektiv gegen die nationalen Interessen der BRD gerichtet sind. Ein weiteres Beispiel dazu ist das „Echolon-Projekt“ der USA, das u. a. [sämtliche](#) Kommunikation in Deutschland überwacht, einschl. der der Wirtschaft und politischer Strukturen, auch der Regierung, mit den Ergebnis von jährlichen, hohen Milliardenschäden für die Wirtschaft und eingeschränkter staatlicher Souveränität der BRD.

Ich führe dies hier ausführlich an, denn es bestätigt: Es ist derzeit nicht Aufgabe der nationalen Dienste konstruktiv die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen zu begleiten, die Korruption und/oder den Lobbyismus als gängiges politisches Mittel im Lande, den Landesverrat, beispielsweise durch Duldung von „Echolon“, zu offenbaren. Es ist nicht deren Aufgabe eine echte staatliche Souveränität herzustellen oder permanenten Verfassungsbruch, zum Beispiel, durch die eigenmächtige, anmaßende Rolle der Parteien im gesellschaftlichen Alltag, zu beschreiben. Sie erhalten andere Anweisungen durch die politische Führung, wie

die Destabilisierung von und Einflussnahme auch Bürgerbewegungen und den eigenen, individuellen Machterhalt um jeden Preis. **Aufgabe der Dienste ist die**

Erhaltung des Status Quo, die Konservierung der bestehenden Gegebenheiten und dies mit allen Mitteln. Diesem Hintergrund, diesen Aktivitäten ist, nach meiner Überzeugung, maßgeblich mit zu verdanken, dass die destruktive Parole der Montagsdemonstrationen so verbreitet wurde, in der bekannten Weise unverrückbar blieb, nicht den Notwendigkeiten angepasst und dies Versuchende ausgegrenzt wurden.

Übertrieben? Polemik? Nein Fakt. Es war mir wichtig hier für den Leser den Zusammenhang des Scheiterns der Montagsdemonstrationen auch durch Fremdsteuerung und der politischen Verantwortung dafür darzustellen.

Das Argument der weiteren Unbezahlbarkeit der laufenden Sozialleistungen mag bedenkenswert sein, doch ebenso die alljährlich vom „Bund der Steuerzahler“ und vom Bundesrechnungshof ausgewiesenen Verschwendungen der staatlichen Ebenen im hohen zweistelligen Milliardenbereich. Hier schließt sich der Kreis. Eigenes politischen und fachliches, strukturelles Unvermögen, das seit Jahrzehnten dazu führt, bleibt für die Verursacher ohne Konsequenzen, für die Schwächsten der Gesellschaft nicht. Sie haben keine Lobby, verfügen über keine derartigen Mittel der Manipulation.

Es gab mindestens im Raum Magdeburg, Chemnitz und Leipzig die Anregung nicht oder nicht mehr den Weg der totalen Verweigerung von „Hartz IV“ zu gehen. Versuche die o. g. Lösung in Frage zu stellen scheiterten sowohl am Willen vor Ort als auch an der inzwischen entstandenen Eigendynamik. So gab es durchaus den Versuch von Beginn an eine andere Strategie zu fahren. „Reformen (im Sinne von wirklichen Verbesserung aus der Sicht der Betroffenen) ja, aber nicht diese“. Auf der Grundlage der allgemeinen Ablehnung von „Hartz IV“, sollten konkrete soziale Forderungen gestellt werden, also eine Doppelstrategie, anstatt dumpfer Ablehnungsparolen, gefahren werden. Als Diskussionsgrundlage waren zum Beispiel angedacht:

- Gleichstellung beim sog. Bemessungsbetrag in „Ostdeutschland“ mit den übrigen Bundesländern!
- Öffentliche Überprüfung des Bemessungsbetrages hinsichtlich seiner korrekten Höhe (siehe Zitat oben).*
- Einbeziehung der Wasserkosten und teilweise der Energiekosten in den Grundbedarf
- Halbjährliche Anpassung des Grundbetrages an die „Warenkorbwertentwicklung“. *
- Befreiung von der Kfz-Steuer, um den PKW-Besitz und so die Arbeitsmarktverfügbarkeit zu fördern.
- Befreiung von der Zuzahlung beim Arztbesuch und bei Medikamenten
- Entlastung bei den Kommunikationskosten, die man bekanntlich zum Bewerben hat (Tel./Internet)

- Festlegung von 2,50 € und Nebenkosten als Mindestbetrag bei der Vergütung gemeinnütziger Arbeit und Nebenkosten (Fahrtkosten) sowie **reale und statistischen Anerkennung als Arbeitsuchender auch in der Zeit der Zwangsbeschäftigung**.
- Festlegung eines Nettomindestlohnes, im Zusammenhang mit der Zwangsvermittlung durch die Arbeitsagentur von 650.- € oder einem entsprechenden Stundensatz.
- Zusatzverdienstgrenze wie bei der in der Arbeitsagentur als arbeitslos gemeldeten Personen, einschl. der Vergütung für gemeinnützige Arbeit.

*Da dies Wertgröße offenkundig manipuliert wurde, muss eine geeignete öffentliche Kontrolle die Wertfeststellung begleiten.

Es ging und geht bei den oben genannten Forderungen vorerst vorrangig um eine entscheidende Frage: **Das Erhalten der individuellen, wirtschaftlichen Voraussetzung sich bewerben, bilden, informieren und eine Arbeit aufnehmen zu können. Es geht um die Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit.** Dies ist unter den aktuellen, gesetzten Bedingungen nicht mehr gegeben. Im eingangs zitierten Schreiben des BWA ist ausgeführt, dass die Regelleistung **keine** Mittel beinhaltet, die diese Erhaltung der materiellen Voraussetzung zur Arbeitssuche und Arbeitsaufnahme finanzieren. Unfähigkeit oder politische Absicht, Ausdruck des Aufgebens dieser Menschen oder primitiver Sozialdarwinismus?

Auch diese o. g. Überlegungen scheiterte bekanntlich. Sehr kurz Gedacht spielte u. a. das unsinnige Argument eine Rolle, dass man die oben formulierten Überlegungen, den Teilnehmern der Montagsdemonstrationen nicht plausibel machen könne, dass man ausgepiffen werde, so die Demonstrationsteilnehmer radikalisiere. Eins seltsames Argument, voller Feigheit. Dafür stehen die Betroffenen, Verzweifelten, Hilfe- und Unterstützung über die Bewegung der „Montagsdemonstrationen“ suchenden, nunmehr mit leeren Händen da.

Nicht Genug damit, es entstand nicht nur dieser Schaden für die Menschen. Viel schlimmer ist, dass ihr Vertrauen in die eigene Kraft, in ihr Vermögen und Glauben, zumindest etwas Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Zukunft durchsetzen zu können, leichtfertig, unverantwortlich missbraucht und erschüttert wurde. Der politische Gegner kann zufrieden sein.

Auf der Grundlage dieser vorgeschlagenen, taktischen Alternative bestand die reale Möglichkeit, das Beharren der Regierung auf „Hartz 4“ konstruktiv zu unterlaufen und die öffentliche Auseinandersetzung damit, konkret, abrechenbar, emotional, für alle nachvollziehbar hinsichtlich der Berechtigung der Forderungen, zu gestalten. Das Problem würde nicht frontal, sich festlaufend angegangen, sondern stellt eine dienliche Alternative zur beidseitigen Ablehnungsstrategie dar. Vieles deutet darauf hin: Nichts fürchteten und befürchteten die Autoren dieses Machwerkes mehr als dieses Differenziertheit. Im Grund sind sie doch nichts an-

deres als arme Wichte, die so tun, als ob man sie brauche, die angstvoll, parasitär, destruktiv ihrer Überflüssigkeit und Bedeutungslosigkeit entgegen steuern.

Wie weiter? Das Beraten und Durchsetzen oben angedachter Forderungen, im Rahmen eines Forums am „Runden Tisch“, mit wirklich vertrauenswürdigen Teilnehmern der Montagsbewegung und den Regierungsvertretern andererseits, kann eine Möglichkeit zur Erreichung der Zielstellung darstellen. Strategisch ist dies einzuordnen in die Herausbildung und Erhaltung einer dauerhaften, institutionalisierten, außerparlamentarischen und **wirklich demokratischen** Opposition. **Die Definition dieses Demokratiebegriffs sollte von mir unbedingt zu einer späteren Gelegenheit gesondert behandelt werden. Dies ist umso mehr notwendig, da er im Alltagsgeschehen nichts als eine Plattitüde ohne jegliche wahre Substanz ist.**

Wie bereitet man zukünftige Notwendigkeiten vor? Gestatten Sie mir, dass ich die einzelnen Punkte an dieser Stelle nicht ausführlich begründe. Es würde den Rahmen dieser Schrift sprengen. Sie ist ohnehin deutlich länger geraten als gewollt, jedoch, hoffe ich, hilfreich für den Leser.

1. Es ist wichtig umgehend damit zu beginnen, eine organisatorisch-strukturelle Grundlage zur Durchsetzung künftiger sozial-politischer Forderungen zu schaffen, wobei soziale Fragen immer politische Fragen sind und nicht isoliert betrachtet werden können.
 - Es bedarf der Gründung einer permanenten Bürgerorganisation. Eine mögliche Namensgebung: Außerparlamentarische demokratische Opposition (ADO). Bereits diese Namensgebung wird als Herausforderung betrachtet. Der spätere Weg von einer Massenorganisation zu einer wirklich neu typisierten Partei ist immanent.
 - Sie muss finanziell gesichert sein und sich zunehmend aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden tragen ohne die inhaltliche Unabhängigkeit aufzugeben.
 - Sie muss landesweit aktiv sein.
 - Sie bedarf eines politischen Programms, das umfassend die Sicherung der existenziellen und politischen Rechte der 90% der Bevölkerung des Landes festschreibt, die über weniger als 50% des nationalen Vermögens verfügen. Das Programm muss das Verständnis der Bürgerbewegung als nationale, demokratische, außerparlamentarische Opposition festschreiben.
 - Sie bedarf eines Kanons, der die zur Erreichung der Zielstellung notwendigen Strukturen definiert.
 - Sie ist für alle Menschen und Gruppen offen, die sich, der noch genauer zu definierenden Zielstellungen, verpflichtet fühlen und willens sind aktiv an deren Realisierung mitzuwirken.

Nachfolgend weitere, als **strategisch** zu betrachtende, notwendige Entwicklungen:

2. Diese Bürgerbewegung ADO benötigt langfristig eine eigene Kinder-, Schüler- Senioren- und Jugendorganisation, eine Frauenorganisation sowie einen Bereich für seine innere Sicherheit. Des weitern benötigt sie eine Struktur, die, wissenschaftlich gestützt, gesellschaftliche Entwicklungen analysiert und Handlungsrahmen vorschlägt.
3. Sie benötigt eigene Mittel der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Presse/Rundfunk/TV).
4. Eine absolut entscheidende Frage hinsichtlich der politischen Effizienz der ADO ist die Entente mit den Kräften und Gruppen, die ihre eigenen Konzepte vertreten, deren Grundanliegen jedoch von Verantwortung und Sorge um die Rechte der sozial benachteiligten Mehrheit im Lande, gekennzeichnet ist. Diese Bündnisfrage ist existenziell. Deshalb bedarf es auch eines eigenen Organisationsbereichs, der sich mit dieser Frage anhaltend befasst.
5. Stichwort Verfassung: Die ADO vermag, braucht und bezweckt nicht, sich außerhalb der von der Verfassung definierten Gegebenheiten zu bewegen. Die Verfassung stellt derzeitig genügend Möglichkeiten zur Verfügung. Die entscheidende Frage jedoch ist eine unbedingt notwendige, geradlinige, harte Kritik an Verfassungsalltag und -interpretation im Lande und die sich daraus ergebenden Handlungsnotwendigkeiten. Hier seien nur einige Stichworte genannt, die kritisch zu betrachten sind:
 - Aushebelung der Verfassung u. a. durch Rechts- und Verwaltungsvorschriften, durch diverse Interessengruppen und die Sicherheitsdienste,
 - Militarisierung der Außenpolitik
 - keine Trennung von Staat und Kirche,
 - die nicht verfassungsgemäße Anmaßung der Medien als sog. 3. Kraft,
 - eine teils kriminelle Parteienanmaßungen bis hin zur Parteiendiktatur,
 - Missbrauch und fehlende Verantwortung des großen Eigentums
 - die nicht verfassungsgemäße Diskriminierung der Bürger in den sog. neuen Bundesländern, hinsichtlich Einkommen, Arbeitszeit, Renten- und Sozialleistungen sowie hinsichtlich ihrer pol. Repräsentation...
 - Fehlende reale Möglichkeiten der Volksabstimmung und Volksbefragung
6. Strikt abzulehnen ist die gerne kolportierte Beliebigkeit hinsichtlich der Teilnahme an und internen Ausgestaltung einer derartigen Bürgerbewegung. Es bedarf der hochprofessionellen, anhaltenden, straff geführten, ebenso strukturierten und omnipräsenten Führung der ADO. Es besteht kein Widerspruch zwischen einer derartig geführten, organisatorischen Struktur und des Eintretens für eine breite Interessengruppe. Im Gegenteil: Dies ist eine elementare Voraussetzung für den Erfolg. Eine Kaderorganisation ist denkbar.

Fast zu Schluss eine Bemerkung zu den vorhanden hundertern von sozialen Bürgerinitiativen mit ihren vielen Aufgabenstellungen. Sie bemühen sich mit Sicher-

heit aufrichtig um soziale Verbesserungen für Betroffene, doch auch hier sind, landesweit betrachtet, deutliche Erfolge nicht erkennbar. Es gibt dabei eine auffallende Tendenz der zunehmenden Vernetzung. Dies ist gewiss hilfreich. Insbesondere der schnelle Austausch von wichtigen Informationen wird dadurch sehr erleichtert. **Geht es jedoch um die Frage der flächendeckenden, gemeinsamen Meinungsbildung im Vorfeld von denkbaren, gemeinsamen Aktivitäten, organisatorische Abstimmungen, um das Herstellen eines wirklichen Vertrauensverhältnisses untereinander, um Effizienz bei solchen Prozessen, dann genügt eine dezentrale, wilde Vernetzung nicht mehr. Man besitzt durch Vernetzung allein keine wirkliche, flächendeckende Durchschlagkraft dahingehend ein Partner zu sein, mit dem der politischen Gegner immer rechnen muss, mit dem er sich an einen runden Tisch setzen muss. Dies erreicht man nur mit einer Organisationsstruktur wie oben angedacht.**

In keiner Weise sinnvoll und hilfreich für die Betroffenen hilfreich ist eine neue Partei, die sich führungsseitig aus den Menschen zusammensetzt, die, wie oben beschreiben, bereits in diesem Sinne versagt haben und von einem ehemaligen Berufspolitiker geführt wird, der keine ausgeprägte politischen Mitnahmementalität hat.

Zusammenfassung: Die Montagsdemonstrationen scheiterten, weil die Organisatoren, in Fehleinschätzung der bestehenden Kräfteverhältnisse, strukturell, politisch und taktisch/strategisch unzureichend vorbereitet handelten. Sie scheiterten zudem an der eigenen unflexiblen Ablehnungsstrategie, die, absehbar, zu einem Totlaufen der Bürgerbewegung führen musste. Desweiteren wurde das aufrichtige Bemühen vieler Bürger und Initiativen um substantielle Veränderungen, durch den politischen Verrat von zahlreichen Parteien, Massenorganisationen, Einzelpersonen, Verbänden, durch den vieler Medien und staatlicher Institutionen, hintertrieben. Dies und die fehlende Einheit der unterschiedlichen Interessengruppen hinsichtlich der Zielstellung der Bewegung führte zu ihrem Scheitern. Für zukünftige Aktionen ist es erforderlich **vorab** und zügig die ADO zu etablieren, die entsprechenden, kurz- und langfristigen Zielstellung verbindlich zu formulieren und effizient, taktisch überlegen, konsequent, überzeugend deren Umsetzung, im breiten Bündnis mit Gleichgesinnten, zu realisieren.

Es bleibt für die Betroffenen zu wünschen und zu hoffen, dass, nach einer möglichst heftigen, ergebnisreichen, kontroversen, hoffentlich öffentlichen Diskussion, über die Frage der Gründe der Ergebnislosigkeit der Montagsdemonstrationen, sich eine neue Bewegung gegen diesen staatlichen Sozialdarwinismus, deren Ursachen und Verursacher, mit neuen Kräften, in Deutschland etablieren kann. Nur wenn man die gewesenen Fehler erkennt, kann man sich effizienter in Richtung der notwendigen Zielstellung bewegen.

Geben Sie bitte auch anderen potentiellen Interessenten die Möglichkeit des gemeinsamen Nachdenkens zum Thema, in dem Sie dieses Material, unabhängig von Ihrer eignen Sicht, weitergeben.
Seien Sie solidarisch und fördern und beteiligen Sie sich nutzbringend an einer öffentlichen Diskussion zum Thema.

Danke für Ihr Interesse.

Januar 2005

Kontakt: ADO_2005@web.de